

TESLA: Ankündigungen und was daraus wurde

Eröffnung im Sommer 2021

„Die Eröffnung der Tesla-Fabrik in Grünheide bei Berlin ist nach Angaben der Brandenburger Landesregierung trotz der Corona-Krise weiter für den **Sommer 2021** geplant. Das sei bei einem Treffen von Tesla-Chef Elon Musk mit Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) in Berlin besprochen worden, teilte die Staatskanzlei in Potsdam mit. Die ersten Autos sollen demnach im Sommer nächsten Jahres vom Band rollen.“ (03.09.2020)

„Die Antragsunterlagen für das Vorhaben wurden im laufenden Genehmigungsverfahren in Bezug auf die Fahrzeugfabrik geändert und um die Batteriezellfertigung ergänzt und bedürfen daher einer erneuten Auslegung.“ [...] „Die Inbetriebnahme der Anlage ist **Ende 2021** vorgesehen.“ (16.06.2021)

Am Ende wurde es der 22.03.2022. Die Baugenehmigung wurde am 04.03.2022 erteilt. Da die Fabrik in wesentlichen Teilen durch 19 Zulassungen vorzeitigen Beginns bereits fertig war, wurde an diesem Tag die Inbetriebnahme für den 18.03.2022 angemeldet. Es bleibt eine Verspätung von über acht Monaten zum ursprünglich angekündigten Start.

500.000 Fahrzeuge pro Jahr

Die Fabrik sollte innerhalb eines Jahres hochgefahren werden. Dann sollten 12.000 Beschäftigte in drei Schichten an sieben Tagen in der Woche bei Tesla arbeiten und es sollten 500.000 Fahrzeuge pro Jahr produziert werden.

Für das Jahr 2023 meldet Tesla:

- 11.000 Beschäftigte im Drei-Schicht-System an fünf Tagen in der Woche
- Jahresproduktion von 201.000 Fahrzeugen
- Eine mögliche Kapazität von >375.000 Fahrzeugen im Jahr

Um 500.000 Fahrzeuge produzieren zu können, reichte man im März 2023 neue Antragsunterlagen ein. Inzwischen geht man von 18.000 Arbeitskräften aus, die für eine Jahresproduktion von 500.000 Fahrzeugen benötigt werden. Innerhalb der Anlage sind zahlreiche Umbaumaßnahmen erforderlich, um die Kapazität erhöhen zu können. Tesla musste die Antragsunterlagen dreimal überarbeiten, bevor sie am 19.07.2023 öffentlich ausgelegt werden konnten. Eine Entscheidung über den Antrag wird aktuell für den Herbst 2024 erwartet. Deshalb hat Tesla erneut eine Zulassung vorzeitigen Beginns beantragt und genehmigt bekommen.

Güterverkehr auf der Schiene

„Zur Abwicklung des Schienengüterverkehrs bietet sich zunächst der bestehende Industriegleisanschluss der Deutschen Regionaleisenbahn am Standort an. [...] In einem ersten Schritt soll die Gleisinfrastruktur der DRE-Anschlussbahn unter Berücksichtigung der Kapazität des Anschlusses bedarfsgerecht in Abhängigkeit des zu erwartenden Aufkommens entwickelt werden. Ein wichtiger Aspekt ist die schnelle Umsetzbarkeit der Maßnahme, um möglichst bereits im Jahr 2021 zur Betriebsaufnahme des Automobilwerkes Schienengüterverkehre zu realisieren.“

Im Mai 2022 wandte sich Tesla an die Gemeinde Grünheide, damit diese einen Bebauungsplan für das östlich angrenzende Gebiet aufstellt. Man wolle dort u.a. einen Güterbahnhof errichten. Im März 2023 beantragte Tesla eine 2. Ausbaustufe. Dadurch wurden die ursprünglich für den Güterverkehr vorgesehenen Flächen „überplant“. Ein Güterbahnhof ließe sich nur auf der Erweiterungsfläche umsetzen. Seit September 2023 nutzt man das Bestandsgleis für einen Personen-Shuttlezug zwischen Erkner und dem Südeingang der Fabrik. Der im Jahr 2020 angekündigte Güterverkehr findet bis heute nicht statt. Der im Mai 2024 beschlossene B-Plan Nr. 60 soll nun die Umsetzung des Güterbahnhofs ermöglichen. Er stellt nur eine Angebotsplanung dar. Ob Tesla jemals einen Güterbahnhof errichten wird, ist heute noch völlig ungewiss.

Regionale Firmen als Zulieferer

Die IHK Ostbrandenburg prophezeit im Juli 2020: *„Zum anderen werden auch regionale Firmen als Zulieferer profitieren.“*

Die Zulieferung der Materialien erfolgt nur zu 21 % aus Deutschland. Etwa 38 % werden aus Mitteleuropa, 10 % aus Westeuropa und 28 % sogar aus Übersee geliefert. Sehr wenig kommt aus dem direkten Umfeld. Aus Brandenburg kommen 5,09 % und aus Berlin nur 1,86 % der benötigten Materialien. (Quelle: Fachbeitrag Verkehr zum Bebauungsplan Nr. 60 „Service- und Logistikzentrum Freienbrink-Nord“) Je größer die Entfernung der Anlieferung ist, umso mehr Risiken bestehen, dass es zu Komplikationen kommt. Da liegt es nahe, sich Lieferanten in der Nähe zu suchen.

Tesla hat eine andere Lösung und will dieses Risiko minimieren, indem noch mehr Wald gerodet wird und dort großflächig Lagerhallen errichtet werden. So könnte mehr auf Vorrat eingelagert werden und man ist nicht bei jeder Lieferverzögerung unter Zugzwang.

Bereits seit 2008 gibt es in Berlin eine Tesla Germany GmbH. Diese koordiniert die Geschäftsbeziehungen von Tesla. Schon lange vor der Ansiedlung von Tesla in Brandenburg haben Unternehmen aus Deutschland Lieferverträge mit Tesla abgeschlossen und ihre Produkte sind in den Fahrzeugen von Tesla verbaut. Dabei handelt es sich größtenteils um Unternehmen aus Süddeutschland. Ob die Geschäftsbeziehungen durch die Ansiedlung in Brandenburg intensiviert wurden, ist nicht bekannt.

Kompensation der Rodungen

„Tesla ist gesetzlich verpflichtet, gerodeten Wald 1:1 mit Neuaufforstungen auszugleichen. Darüber hinaus hat Tesla angekündigt, freiwillig Flächen neu zu bepflanzen, die in der Summe deutlich größer sein sollen als das geplante Fabrikgrundstück.“ Schreibt die Staatskanzlei auf ihrer Seite „Häufig gestellte Fragen zur Tesla-Ansiedlung“. Oft wird zitiert, dass Tesla dreimal mehr Fläche aufforsten als abholzen will.

Diese Aussagen sind unzutreffend. Laut Baugesetzbuch ist die Gemeinde, die einen Bebauungsplan mit Waldumwandlung aufstellt, für die Kompensation verantwortlich. Sie kann u.a. über einen städtebaulichen Vertrag die Kostenübernahme und/oder die Durchführung der Kompensationsmaßnahmen mit dem Vorhabenträger regeln. So einen Vertrag gibt es für den B-Plan Nr. 60 (Osterweiterung), nicht aber für die 1. Änderung zum B-Plan Nr. 13, auf dessen Basis die Teslaansiedlung umgesetzt wird. Hier hat sich das Land Brandenburg eingeschaltet und 8,1 Millionen Euro für Kompensationsmaßnahmen der Rodungen auf dem Teslagelände bereitgestellt. 4,3 Millionen Euro wurden aus dem Verkaufserlös (ca. 43 Millionen Euro) entnommen und die restlichen 3,8 Millionen aus PMO-Mitteln. Das sind Mittel der Parteien- und Massenorganisationen der ehemaligen DDR. In welcher Höhe Tesla Kosten übernommen hat, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Im Gebiet der Gemeinde Grünheide wird auf einigen Flächen als Kompensation Waldumbau zum Mischwald durchgeführt. Auf dem 300 Hektar großen Gelände befanden sich auch Kompensationsflächen, die für das benachbarte GVZ Freienbrink angelegt wurden. Diese wurden mit gerodet und mussten ein weiteres Mal kompensiert werden und vergrößerten die Fläche, welche neu zu kompensieren war. Die neu angelegten Flächen sind weit von der Fabrik in Grünheide entfernt (z.B. Beeskower Platte). Die Firma Oegelner Fließ GmbH setzt dort die Wiederaufforstung im Rahmen des Projekts Naturraum für Generationen (NfG) um. *„Für den aufgeforsteten Wald erhält die NfG dann jährlich etwa 250 Euro pro Hektar“*, erläutert Geschäftsführer Behmann auch das Subventionsprinzip. Kommerziell lukrativ ist der Wald für ihn jedoch kaum: *„Pro Hektar investieren wir erstmal etwa 14.000 Euro – für die Planung, Pflanzung, Pflege, Management, alles zusammen.“* Es ist eine spezialisierte Firma, die in Vorleistung geht und das Anwuchsisiko trägt, welche die Kompensation der Rodungen in Grünheide umsetzt. Die Kosten werden z.T. durch den Steuerzahler getragen.

Kompensiert werden soll aber auch direkt auf dem Teslagelände. Dazu hat der Bebauungsplan konkrete Festlegungen getroffen und hier liegt die Verantwortung eindeutig bei Tesla.

„Durch die Festsetzungen zur Pflanzung von einem Laub- oder Nadelbaum pro 800 m² Grundstücksfläche sowie die Gliederung von Stellplätzen werden die Auswirkungen auf die lokalklimatische Situation verringert. Bei einer anrechenbaren Grundstücksfläche von 283 ha (Größe des Industriegebietes (GI)) sind 3.541 Bäume zu pflanzen. [...] Je sechs PKW-Stellplätze ist mindestens ein standortgerechter einheimischer großkroniger Laubbaum 1. Größenordnung mit einer mindestens 4 m² großen Baumscheibe zu pflanzen und zu erhalten.“

Auf den Mitarbeiterparkplätzen entlang der L38 stehen nur zum Teil die festgesetzten Bäume. In anderen Bereichen sind dort Ladesäulen installiert worden. Auf dem restlichen Betriebsgelände kann man kaum neu gepflanzte Bäume entdecken. Auf Anfrage teilte die Gemeinde Grünheide im Mai 2024 mit: *„Bisher wurden entsprechend des Baufortschritts und der sukzessiven Inanspruchnahme des Bebauungsplangebiets 603 Bäume der Arten gepflanzt, die in der Pflanzliste A oder im Befreiungsbescheid vom 15.06.2021 gelistet sind und damit der Umsetzung der textlichen Festsetzungen 5.1 und 5.2 dienen.“*

Dreieinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind nur 17 Prozent der festgesetzten Bäume gepflanzt worden. Dies soll dem Baufortschritt und der sukzessiven Inanspruchnahme des Bebauungsplangebiets entsprechen. Das entspricht keineswegs der Realität. Weit über 200 ha sind bis Ende 2022 gerodet worden und ein Großteil der Fläche ist inzwischen versiegelt.

100 Prozent Ökostrom

Tesla habe sich unter anderem wegen der hohen Verfügbarkeit an erneuerbaren Energien für den Standort in Brandenburg entschieden. Ministerpräsident Woidke sagte kurz nach der Entscheidung von Tesla im November 2019: *"Wir haben den Rohstoff der Zukunft, wir haben erneuerbare Energien in Brandenburg", sagte der SPD-Politiker in Potsdam. Das sei im Gespräch mit Tesla-Chef Musk ein entscheidender Vorzug gewesen. "Wir verbinden hier Klimaschutz mit Wirtschaftsstärke, und das muss das Signal sein in die ganze Welt."* Im Frühjahr 2022 setzte er noch einen drauf: *„Tesla produziert mit 100 Prozent Ökostrom, braucht also jede Menge erneuerbare Energien.“*

Da Vertragspartner von Tesla zum Stillschweigen verpflichtet sind, lässt sich diese Aussage nicht überprüfen. Der Öffentlichkeit ist nicht bekannt, welches Unternehmen Vertragspartner für die Stromlieferung an Tesla ist. Den Strom bekommt die Fabrik durch den örtlichen Versorger e.dis. Dessen Strommix besteht keineswegs aus 100 Prozent Ökostrom. Laut Stromkennzeichnung bezieht der Versorger seinen Strom zu 31,6 % aus Kohle, zu 4,3 % aus Kernenergie, zu 4,5 % aus Erdgas und zu 0,7 % aus sonstigen fossilen Energieträgern. Nur 58,9 % tragen erneuerbare Energien dazu bei.

Offensichtlich hatte Tesla den eigenen Strombedarf unterschätzt. Während der Bauphase setzte Tesla über Wochen Dieselgeneratoren ein, um die Baustelle mit ausreichend Energie zu versorgen. Auch für weitere Ausbaustufen bzw. eine Erhöhung der Produktion scheint die Stromversorgung längst nicht sicher. So hat Tesla für die 2. Ausbaustufe den Bau eines Erdgaskraftwerkes beantragt. Darauf hagelte es heftige Kritik. Tesla beschwichtigte erst einmal und sagte, dass man es nur für den Fall errichten möchte, dass es nicht ausreichend Strom aus dem öffentlichen Netz gibt.

Unabhängig davon spielt Erdgas eine wesentliche Rolle in der Teslafabrik. Man benötigt es für die zentrale Heizungsanlage, den Schmelzprozess in der Gießerei, die Trockenöfen in den Lackieranlagen, für die Batteriezellfertigung, für die Abgasreinigung und weitere Anlagen. Für die 1. Ausbaustufe gibt Tesla den Erdgasbedarf mit 10.900 Normkubikmeter pro Stunde an. Das könnte sich für die 2. Ausbaustufe verdoppeln.

Ein weiterer Rohstoff mit negativer Umweltbilanz ist seit 2023 auf dem Teslagelände zu finden: LNG. Hiermit sollen mögliche Engpässe der Erdgasversorgung ausgeglichen werden. Ein LNG-Terminal wurde im Oktober 2022 genehmigt und anschließend errichtet. Tesla will dort 2,76 Tonnen Flüssiggas lagern.

In mehreren Etappen wurden inzwischen Solarpaneele auf diversen Dächern montiert. Deren Leistung ist gemessen am gesamten Energiebedarf nahezu bedeutungslos.

Wenn von den produzierten Fahrzeugen keine CO₂-Emissionen ausgehen, so trifft dies keineswegs auf den Produktionsprozess zu. Der Energiebedarf für Schmelzöfen, Heizung, Trocknungsöfen kann nicht mit elektrischer Energie gedeckt werden. Erdgas hat bei der Verbrennung neben CO₂- zusätzlich Methanausstoß, was noch schädlicher für die Atmosphäre ist. Zu berücksichtigen ist ferner, dass auf dem Fabrikgelände bis zur Rodung im Jahr 2020 immer ein Waldgebiet war und CO₂ gespeichert wurde.

Grünheide zahlt einen hohen Preis, damit dort Elektrofahrzeuge für den europäischen Markt produziert werden.

Es wird keine „Lex Tesla“ geben!

Eine »Lex Tesla« gebe es nicht, beteuert Regierungschef Woidke. Daran bestehen von Beginn an Zweifel. In einem veröffentlichten Brief vom 28.08.2019 an die Tesla Germany GmbH äußert sich der brandenburgische Ministerpräsident wie folgt:

Das Land Brandenburg [...] wird Sie mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten aktiv bei den erforderlichen Verfahren unterstützen.

Wir werden Sie deshalb mit allen geeigneten Möglichkeiten bei der Sicherung Ihrer zeitlichen Ziele unterstützen. Für alle im Zusammenhang mit der von Ihnen geplanten Investition erforderlichen genehmigungsrechtlichen Fragen (z. B. Umweltverträglichkeitsuntersuchung, immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Waldumwandlung) sichere ich Ihnen eine umgehende und schnelle Bearbeitung zu.

Zögern Sie bitte nicht, die Unterstützung der Landesbehörden und insbesondere der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes, der WFBB, und der Investitionsbank des Landes Brandenburg bei allen Schritten Ihres Vorhabens weiter in Anspruch zu nehmen.

Zögern Sie bitte nicht, sich mit Fragen und Anliegen auch direkt an mich zu wenden.

Dem sollten dann Taten folgen. Am 22.11.2019 wurde durch Herrn Woidke eine Task Force ins Leben gerufen. Alle mit der Ansiedlung befassten Ministerien, der Landrat vom Landkreis Oder-Spree, der Grünheider Bürgermeister und natürlich Teslavertreter treffen sich regelmäßig hinter verschlossenen Türen ohne parlamentarische Kontrolle, um über die Umsetzung des Vorhabens zu beraten.

Auf Kosten des Steuerzahlers wird das Grundstück nach Kampfmitteln abgesucht, werden sieben Bomben aus dem 2. Weltkrieg gesprengt und wird eine Bauschuttdeponie beseitigt. Danach wird das 300 ha große Grundstück zum Preis von nur 14,35 Euro je m² an Tesla verkauft. Die Fläche ist fast vollständig mit Wald bewachsen, der bis dahin durch den Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) bewirtschaftet wurde. Tesla beauftragte die Rodungen und durfte das Holz verkaufen. Ohne den Verkauf der Fläche an Tesla hätte der LFB Erlöse aus dem Holzverkauf erzielen können. Damit Tesla möglichst schnell mit den Rodungen beginnen konnte, wurden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens unvollständige Unterlagen öffentlich ausgelegt und alle beteiligten Behörden erklärten das Vorhaben für genehmigungsfähig. Dadurch wurde die Voraussetzung für die erste Zulassung vorzeitigen Beginns geschaffen und Tesla durfte Mitte Februar 2020 den ersten Teil der Rodung durchführen. Am Ende gab es 19 dieser Zulassungen. Dadurch war die Fabrik am Tag der endgültigen Baugenehmigung so weit fertiggestellt, dass Tesla noch am selben Tag die Inbetriebnahme angemeldet hat.

Die Baugenehmigung war bis zum Ende gefährdet, weil der lokale Wasserversorger nicht ausreichend Wasser zur Verfügung hatte. An der entscheidenden Sitzung nahm der für diesen Bereich gar nicht zuständige Wirtschaftsminister Steinbach teil und plötzlich wurde ein Vertrag über 1,8 Millionen m³ Trinkwasser pro Jahr mit Tesla unterzeichnet. Bis dahin wurde der Bedarf mit 1,4 Millionen m³ beziffert.

Zwar liegt das Grundstück direkt an Autobahn und Bahnstrecke aber die Anschlüsse sind nicht ausreichend dimensioniert. Der Ausbau der Infrastruktur rund um die Gigafactory soll nach heutigem Kenntnisstand den Steuerzahler über 700 Millionen Euro kosten.

Regelmäßig kommt es auf dem Gelände zu Havarien und Zwischenfällen. Tesla zahlte die Gebühren innerhalb des Genehmigungsverfahrens verspätet, führte Baumaßnahmen ohne Genehmigung oder ohne Antragstellung durch und es gibt deutlich mehr Arbeitsunfälle als in vergleichbaren Unternehmen. Daran stören sich Landesregierung, Landkreis und Gemeinde nicht und rollen Tesla weiterhin den roten Teppich aus.